



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600-3667, Berlin, Fernverkehr: Amt Dönhoff 3608, Telegrafische Adressen: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 60, Wöchentlich 1 Mark, Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) i. V.: K. W. Philipp, Berlin, Anzeigen-Preise: nach Liste, Familien-Anzeigen: nach Liste 20 Pfennig, Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, KochstraÙe 22-26

15 Pf. [Anwarte] . Nr 272 . A 139

FREITAG, 12. JUNI 1931

MORGEN-AUSGABE . V

Arbeitslosenreform in England

Die Krisensteuer

MacDonald gegen die geforderte Leistungsminderung

Von HERMANN DIETRICH, Reichsminister der Finanzen *

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 11. JUNI

Seute früh hatte der „Daily Herald“ eine alarmierende Meldung gebracht über die Möglichkeit einer Regierungskrise und eines Appells an die Wählerkraft wegen der Haltung der Liberalen bei den Beratungen über das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz. Dieses heute nachmittag feierte sich dieser Appell als ein festliches Ereignis heraus, um die Eiferkraft des Regierungsorgans und die Wählerkraft der Arbeiterpartei im allgemeinen von der Hauptbewerkerkraft, die der Regierung droht, abzuwenden.

Das wichtigste Geschäft für die Regierung liegt in dem Bericht des vor einigen Monaten von der Regierung selbst eingesetzten Untersuchungsaußenbüros über die Lage am Arbeitsmarkt und über zu ergreifende Maßnahmen gegenüber der immer noch anwachsenden Arbeitslosigkeit und der dadurch dem Staat erscheidenden ungeheuren Ausgaben.

Das Kernstück des Enquete-Berichts ist die Forderung einer Verbesserung der gesamten Arbeitslosigkeit und einer Ersetzung der von Arbeitgebern und Arbeitnehmern geforderten Arbeitslosenversicherungsbeträge, also genau das, was man in Deutschland als Reform der Arbeitslosenversicherung bezeichnet und in die Tat umgesetzt hat. Der Oberste Gewerkschaftsrat, der Trade-Union-Council, hat bereits offiziell erklärt, daß für ihn weitere Verbesserungen indiskutabel seien, und auch die Arbeiterregierung hat in

verschiedenen Reden von Kabinettsmitgliedern ausgesprochen oder beschritten lassen, daß sie diese Reformen nicht beschließen könne und wolle.

MacDonald und seine Ministerkollegen stehen bei der folgenschweren Entscheidung und heute mittags ist die Unterhausfraktion zu einer besonderen Sitzung zur Beratung über den Kommissionsbericht einberufen. Das darüber ausgeübte Communiqué ist sehr nachsichtig. „Es sei dem Vertrauen in die Art und Weise ausgedrückt worden, mit der die Regierung diese Frage behandelt.“

Am frühen Nachmittag wurde dann ein weiteres Communiqué herausgegeben, das etwas ausführlicher über die Stellungnahme der Arbeiterpartei berichtet. Demnach ist eine Erhöhung der Versicherungsbeiträge gefordert. Premierminister MacDonald äußerte sich dahin, daß die Regierung sich entschlossen habe, die hauptsächlichsten Vorläufe des vorläufigen Berichts der Arbeitslosenkommission nicht anzunehmen. Weder beschlädigte die Regierung eine Einschränkung der Leistungen, noch eine Erhöhung der Versicherungsbeiträge. Auch soll keine Verstärkung der Frist bis zur Entscheidung über die Krisenfrage vorgenommen werden.

Der Premierminister teilte aber mit, daß die Regierung sich in dieser Parlamentssession ein Gesetz einbringen werde, das sich gegen die augenblickliche Minderhöhe der Arbeitslosenversicherung wendet. „Es handelt sich hierbei in der Hauptsache um „Saisonarbeiten“ und Doppelverdienere.“

Die Kritik, die an der Notverordnung geübt worden ist, richtet sich vielfach gegen die Person des Reichsfinanzministers. Dr. Dietrich setzt sich hier mit diesen Angriffen auseinander:

Als mir im Winter die Frage prüften, welche Mittel die Erwerbslosenfürsorge im Etatsjahre 1931-32 beantragt werden, konnte man noch damit rechnen, daß 1 Prozent Beitrag zur Arbeitslosenversicherung durchschnittlich 290 Millionen Mark im Jahre erbrachte. Schon gegen Ende des vorigen Budgetjahres rechneten wir mit niedrigeren Summen. Daß aber der Ertrag eines Prozents Beitrag von 290 Millionen auf etwa 215 Millionen oder gar 210 Millionen sinken würde, wie das jetzt anzunehmen ist, zurückzuführen wurde, hatte niemand erwartet. Der Verlust, der sich hieraus ergibt, beträgt sich, da wir 6 1/2 Prozent Beitrag erhoben, auf 6 1/2 x 80 = rund 520 Millionen Mark. Die Folge der verstärkten Krise und des daraus entstehenden Ausfalls von einer halben Milliarde bedeutet nun, daß die Arbeitslosenversicherung nicht einmal mehr imstande ist, ihren eigenen Bedarf zu decken. Umgekehrt. Damit die Arbeitslosenversicherung sich selbst erhalten kann, sind nicht nur die Leistungen zu verstärken, sondern auch in gewissem Umfang — nämlich bei den Saisonarbeitern — die eigentliche Arbeitslosenversicherung zu entlasten und die Krisenfürsorge zu betonen.

Gedacht und gerechnet war aber die Sache so, daß die Arbeitslosenversicherung einen Lebensrück für die Schlüsseljahre von Arbeitslosigkeit haben sollte, und daß aus diesem Lebensrück zugleich der 420 Millionen RM. Verlust für die Krisenfürsorge ohne Zusatznamen von weiteren Arbeitslosenversicherung gedeckt werden könnte. Jetzt ergibt sich, daß die Krisenfürsorge von der Arbeitslosenversicherung keine Hilfe erwarten kann, daß vielmehr das Reich für die Beiträge, welche aus den 420 Millionen, die bereitgestellt sind, hinzutreten, aus Steuermitteln aufkommen muß. Dieser Festbetrag magt nur 250 Millionen RM aus. Um diesen zu decken und noch einen gewissen Fonds für Zwecke der Arbeitsbeschaffung zu bilden, ist die Krisensteuer gemacht worden. Die Arbeitslosenversicherung nimmt diese Krisensteuer in keine Berücksichtigung in ihre Ausgaben.

Es sind eine Reihe von Vorrichtungen gemacht worden, die man anders hätte zum Ziele kommen können. Der einfachste Weg wäre natürlich gewesen, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um einige Prozente zu erhöhen. Ob die Wirtschaft das ausgehalten hätte, will ich nicht unterfragen. Der andere Weg wäre der, die Umsatzsteuer zu diesem Zwecke heranzuziehen und wieder auf den alten Satz von 1,5 v. H. zu bringen. Dieser Weg ist ausgiebig erörtert worden und, wie jetzt der Verordnungsfall bekannt ist, schon daran gescheitert, daß der Reichstag nicht mit ihm die Arbeitslosenversicherung glaubte, auf diese Weise, die schnell und bequem in Bewegung zu setzen ist, nicht verzichten zu können. So niemand weiß, wie die Dinge im nächsten Winter sich zuspinnen können, so muß diese, wirtschaftlich im übrigen außerordentlich bedenkliche Möglichkeit, die nur in der letzten Woche angewendet werden kann und außerdem eine Verfassungsänderung der Lebenshaltung auf den ganzen Staat bedeutet, offen bleiben. Es blieb aber zu überlegen, ob es einen dritten Weg gibt. Diesen glaubten wir in der Krisensteuer gefunden zu haben. Ein Sturm der Entrüstung hat sich dagegen erhoben, und wenn man ihn oberflächlich betrachtet, so könnte man versucht sein, zu glauben, daß alle bereit wären, diese Krisensteuer zu zahlen, aber nur dann, wenn sie für alle Steuerzahler die gleiche wäre. Bei näherem Zusehen ist es aber nicht so, sondern man findet, daß die Steuer aus der Arbeitslosenversicherung und gepöbelt hat, man könnte die Sache so machen, daß man selbst dabei nicht betroffen wird. Ich will zugeben, daß die Debatte tatsächlich den Willen haben, alle gleichmäßig zu belasten. Für je ist es in aller Hinsicht nachteilig, das kleinere Uebel. Ob für je ist es der Zeit das kleinere ist, ist eine andere Frage.

Frieden gen aber, die zunächst den Vorschlag gemacht haben, alle gleichmäßig zu belasten, sind davon ausgegangen, daß unter „allen“ lediglich die Steuern, Angehörigen und Arbeiter, also alle Gehalts- und Lohnemp-

Kommunistische Provokationen

Schiffe aus dem Hinterhalt, Steinwürfe gegen Schaulustige, rambolebende Demonstrationstrupps . . . bald in Frankfurt a. M., bald in Hamburg, bald in Berlin . . . es ist unübersehbar, daß bei diesen „Ausgehungen“, die als „spontane“ Ausbrüche unbefehliger Erregung wirken sollen, eine zweifelhafte Regie am Werke ist die zunächst mit relativ kleinen „Ensembles“ jugendlicher Kommunisten arbeitet, die Zahl der Mitwirkenden, den Umfang der Aktion aber immer mehr steigern will, bis aus den kleinen jugendlichen Trümmern das große Feuer geworden ist.

Es liegt System in der Art, wie die Kommunisten durch die häufige Wiederholung von Zusammenstößen die Autorität des Staates zu untergraben suchen. Die Aktion, die bei der Polizei gegen die kommunistischen Trupps vorgeht, wird nicht gerade abföhernd. Aber andererseits ist zu erwägen, daß es den S i e m e r m a n n e n in dieses kommunistischen Kleinkriegs, der vielfach mit den Methoden der Stomatidistik geführt wird, nicht zum wenigsten darauf ankommt, die Polizei aus der Nähe zu bringen und aus den Folgen eines allzu scharfen Vorgehens neuen Agitationsstoff zu gewinnen.

Wobenerlich dabei, daß die Kommunisten freiwillig oder unterirdisch Unterstützung aus den anderen Lagern erhalten. Daß die Rechtsradikalen jeden Zusammenstoß zwischen Polizei und Kommunisten gleich zu einer großen „Schlacht“ machen, kann nicht Wundernehmen. Entfesselt aber ist, wie von bürgerlicher Seite her die Tendenz der Kommunisten durch Ubertreibung unterstellt wird. Die von den Arbeiterregimenten beobachteten Abweichungen über blutige Kämpfe zwischen Demonstrationen und Polizei verbreitet, die bei genauer Nachprüfung sich geradezu als erfunden herausstellen, oder als grob übertrieben. So war es zum Beispiel mit den Nachrichten über den blutigen Verlauf einer Demonstration in Westfalen, wo angeblich sieben Schöpulente schwer verletzt sein sollen, während in Wirklichkeit ein Schöpulente eine Schwärme erlitten hat. Nicht nur in diesen einen Fall konnte festgestellt werden, daß man am Ort der Begebenheit von den blutigen Ereignissen keine Ahnung hatte, die durch Nachrichtenagenturen an die deutschen Zeitungen, aber auch ins Ausland gemeldet worden waren und einen gänzlich verzerrenden Eindruck von den Zuständen in Deutschland hervorzurufen mußten. Der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, daß viele Teile der Medien, teils nachlässig, teils absichtlich, Nachrichten nicht ohne Absicht lanciert werden.

Aber freilich: nicht alles ist aufzufaßbar, nicht alles in mehrfacher Vergewisserung gesehen. Was der Nachprüfung

handgehalten hat und übrigbleibt, ist immer noch genug und übergenug, um die staatsrechtliche Bevölkerung und die Regierung zur Wachsamkeit zu mahnen. Der friedliche Bürger muß wissen, daß es sich bei den Zusammenstößen auf den Straßen der Städte nicht um Aufregungen der Volksregung handelt, sondern um bewußte und gezielte kommunistische Provokationen, mit denen die Kommunisten für ihre Ziele arbeiten wollen. Die Regierung wird zu erwägen haben, wie sie diesem Kleinkrieg, der aus dem Hinterhalt geführt wird, ein rasches Ende bereiten kann.

Volkspartei stimmt für Reichstags-Einberufung

Curtius verläßt die Sitzung

Die volksparteiliche Reichstagsfraktion, deren getrigge Beratungen zum Teil recht erregt verlaufen sind und sich bis gegen 1/2 Uhr hinzogen, schloß mit knapper Mehrheit den Reichstag, im Abstimmungsfall für die Einberufung des Reichstags zu stimmen.

Reichsfinanzminister Dr. Curtius hat am dem größten Teil der Beratungen teilgenommen. Als sich gegen Schluß der Beratungen ergab, daß der größere Teil der Fraktion für die Einberufung des Reichstags und damit gegen die Absichten des Reichstagsrats und des Reichskabinetts stimmte, verließ er die Sitzung.

Mit dem Beschluß der Deutschen Volkspartei ist noch nicht endgültig entschieden, ob nun eine Mehrheit für die Einberufung des Reichstags zustandekommen wird. Aber die Lage ist zumindestens jetzt kritisch geworden.

Die Entscheidung liegt zunächst weiterhin bei den Sozialdemokraten, die in der Redeprüfung mit dem Reichstagsrat ganz föhrende Forderungen aufgestellt haben, über die während der nächsten Tage weiter verhandelt werden soll.

Wenn zwischen Sozialdemokraten und Regierung ein Einigung zustandekommen, würde die Entscheidung von der Landvolkpartei abhängen, die sich bis jetzt gegen eine Reichstags-Einberufung ausgesprochen hat, ohne aber endgültig Stellung zu nehmen. Die Mehrheitsverhältnisse würden also, auch wenn Regierung und Sozialdemokraten sich einigen, sehr knapp werden.

Im übrigen hat sich in der volksparteilichen Sitzung lebhaft Stimmung auch gegen den Reichsfinanzminister Dr. Curtius gefeiert gezeigt, der wiederholt den Standpunkt des Kabinetts entschieden vertrat.